

Mi, 14. Mai 2008

Flughafen Schwechat muss Umweltverträglichkeitsprüfung nachholen

EU hilft Fluglärmopfern

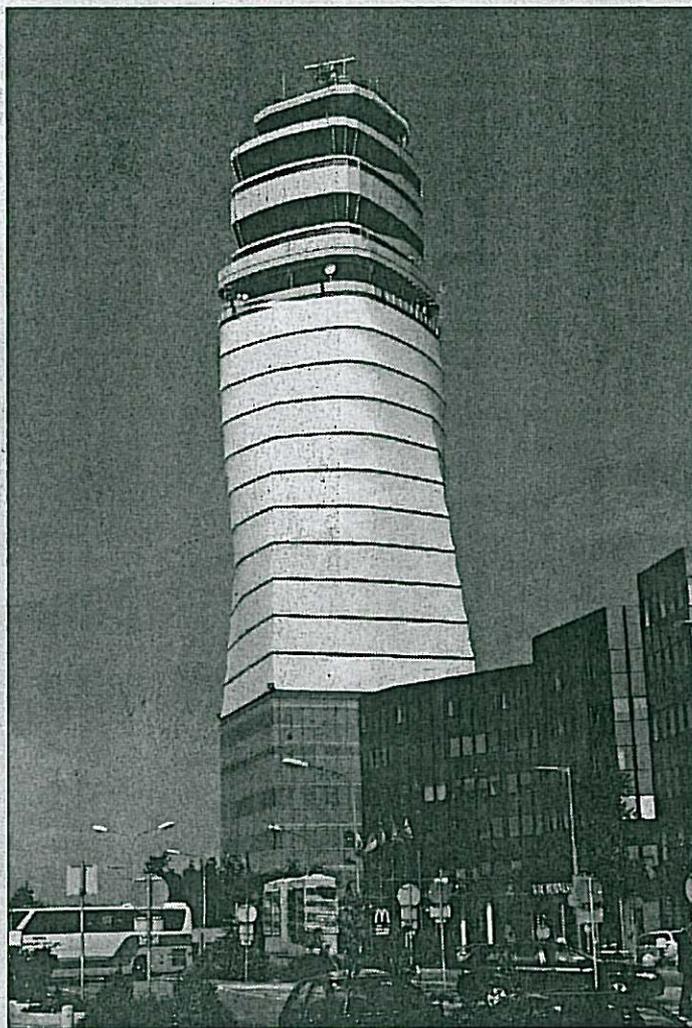
Von Werner Grotte

- Beschwerde von 27 Bürgerinitiativen hatte Erfolg.
- Niederösterreich hatte Prüfung als unnötig angesehen.
- Politisches Nachspiel droht.

Wien. Die Rechtsanwältin Susanne Heger verdient nichts an den Mandanten, für die sie gerade siegt – im Gegenteil. Sie wohnt in Wien-Penzing und ist selbst Fluglärmopfer. Umso größer war die Freude, als sie dieser Tage ein brisanter Brief aus Brüssel erhielt: Die EU-Kommission hatte ihrer im Jahr 2006 im Namen von 27 Bürgerinitiativen eingebrachten Beschwerde gegen den Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat zugestimmt. Die Betreiber müssen nun die seinerzeit versäumte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nachholen – rückwirkend auf zehn Jahre.

„Es wurde klar Rechtswidrigkeit festgestellt; sollte die UVP nicht korrekt nachgeholt werden, droht Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren“, erklärt Heger die Dimension der Entscheidung.

Dass es für so umfangreiche Projekte wie den neuen Tower, den Pier West, die großen Parkhäuser oder den Terminal „Skylink“ keine UVP gab, führt Heger vor allem „auf die Ignoranz der zuständigen Umwelt-Politiker und Umweltanwälte Wiens und Niederöster-



Wie umweltverträglich ist ein solcher Tower? Foto: apa

reichs“ zurück. Die hätten durch die seinerzeitige Ablehnung einer UVP ganz im Sinne der beiden Länder als Flughafeneigentümer, aber nicht im Sinne ihrer lärmgeplagten Bürger gehandelt.

Beim Flughafen selbst gibt man sich kooperativ: „Es gibt bereits ein Einigungspapier zwischen Bundeskanzleramt und EU-Kommission“, erklärt Sprecherin Brigitta Pongratz. Darin habe man sich auf einen „ex-post-Umweltverträglichkeitsbericht“ geei-

nigt, „was wir natürlich unterstützen werden“.

Konkreten Handlungsbedarf auf der Großbaustelle Flughafen sieht sie keinen, da man ja alles korrekt abgewickelt habe: „Es gibt für alle Bauten die nötigen behördlichen Bescheide“, betont Pongratz.

Genau das könnte den zuständigen Behörden – in diesem Fall dem Land Niederösterreich – noch sauer aufstoßen: Denn Umweltverträglichkeitsprüfungen für Großbauprojekte dieser

Art sind in Österreich bereits seit 1994 zwingend vorgeschrieben. Heger rechnet sich gute Chancen aus, solcherart in Rechtskraft erwachsene Bescheide mit Erfolg anzufechten.

Von Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) fordern die Lärmopfer eine Tarifordnung für den Flughafen, der laut Heger „in den letzten Jahren mit absoluten Niedrigstpreisen vor allem Billigfluglinien ange lockt hat“. Der Flughafen Wien liege mit seinen Tarifen 15 Prozent unter denen der Mitbewerber und locke damit verstärkt Billigfluglinien.

„Kennen EU-Brief nicht“

Das Ministerbüro will dazu noch nichts sagen: „Wir prüfen das alles noch, aber sind nicht für alles wirklich zuständig“, so Sprecher Marcin Kotlowski.

Wiens Umweltanwältin Andrea Schnattinger konnte urlaubsbedingt nicht Stellung nehmen.

Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima (SPÖ) sagte ebenfalls nichts und verwies auf ihren Gemeinderatskollegen Erich Valentin. „Wir kennen weder den genauen Wortlaut des EU-Briefes, noch wissen wir, nach welchem Recht oder unter welcher Behörde allfällige Maßnahmen stattfinden sollen“, erklärt Valentin, der für die Stadt bisher im Flughafen-Mediationsverfahren saß.

Niederösterreichs Umweltlandesrat Josef Plank (ÖVP) sowie sein Umweltanwalt Harald Rossmann wollten am Dienstag keine Stellungnahme zum EU-Entscheid abgeben. ■